

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.498.618

Wien, 8. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 11777/J vom 8. Juli 2022 der Abgeordneten Dr. Petra Oberrauner, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Nein.

Zu 2.:

Beim IT-Dienstleister des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) der Bundesrechenzentrum GmbH sind derzeit über 100 Open Source Softwarebibliotheken auf unterschiedlichen Plattformen mit unterschiedlicher Ausprägung im Einsatz. Diverse Softwareprodukte dieser Bibliotheken sind im BMF im Einsatz.

Hinsichtlich einer detaillierten Auswertung der Softwareprodukte wird um Verständnis ersucht, dass diese nur mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bewerkstelligt werden könnten und daher im Sinne der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns nicht bereitgestellt werden können.

Zu 3. und 4.:

Ja, durch die Teilnahme des BMF an einem ersten Projekt zum Thema Open Source auf Initiative der Arbeitsgruppe Bundesclient (interner Projekttitel „Bundesclient DSGVO+“) soll langfristig die Grundlage für einen höheren Anteil an Open-Source Software gelegt werden. Aus diesem Projekt könnten etwaige Zielvorgaben für das BMF abgeleitet werden.

Zu 5.:

Im Bereich des Arbeitsplatzes hat das BMF aus einer Initiative der Arbeitsgruppe Bundesclient heraus ein erstes Projekt durchgeführt, um den Ersatz von Microsoft Applikationsprodukten durch Open Source Software einer ersten Evaluierung zu unterziehen. Dieses Projekt wurde im Juli 2022 abgeschlossen. Die Projektergebnisse könnten in einem weiteren Projekt umgesetzt werden.

Zu 6.:

Nachdem die sprungfixen Kosten für das nachhaltige Etablieren eines Open-Source Betriebs- und Weiterentwicklungsteams im Bund hoch sind, hat sich die bisherige Initiative des BMF bzw. der AG-Bundesclient der deutschen „Phoenix“-Initiative für digitale Souveränität angeschlossen und mit dem dort entwickelten Software Stack getestet. Die Kosten einer produktiven Nutzung des Phoenix Software Stacks wurden zwischen dem deutschen Innenministerium als für Phoenix führenden Ressort und dem BMF noch nicht besprochen.

Zu 7.:

Im Schlussbericht des im Juli 2022 abgeschlossenen ersten technischen Bewertungsprojektes finden sich hierzu Ausführungen. Die Schwierigkeiten finden sich vor allem in zwei Bereichen:

- Möglichst homogene Interaktion zwischen Open Source Nutzern und jenen Gruppen, die weiter Microsoft Produkte nutzen müssen wäre notwendig
- Funktionale Defizite der Open Source Produkte im Vergleich zu den Microsoft Produkten müssten aufgeholt werden

Zu 8.:

Ja, es wird auf die Antworten zu den Fragen 3. bis 6. verwiesen.

Zu 9.:

Wie erläutert hat das BMF das Phoenix-Evaluierungsprojekt als Kooperationsprojekt mit allen Bundesministerien über die Arbeitsgruppe Bundesclient durchgeführt.

Der Bundesminister:
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

